

Die fehlende Hauptstadt: Litauens Politik im Zeichen der Wilnafrage

von Regina Žepkaitė

Ein Schwerpunkt der litauischen Geschichtsschreibung zur Wilnafrage liegt verständlicherweise auf der Zeit zwischen den Weltkriegen. Der litauisch-polnische Konflikt wird umfassend behandelt und seine entscheidende Auswirkung auf die Beziehungen der beiden Länder aufgezeigt. Insbesondere das in der Republik Polen vorhandene Archivmaterial ermöglicht es, manche Aspekte des Problems zu ergänzen und zu präzisieren. Dabei zeigt sich deutlich, daß in den litauisch-polnischen Beziehungen neben der Wilnafrage noch andere komplizierte Probleme existierten. Daraus ergeben sich die Zielsetzungen dieses Beitrages: Zum einen sollen die Ursachen, die das Verhältnis der beiden Länder bestimmten, behandelt werden; zum anderen soll die Funktion der Wilnafrage in den litauisch-polnischen Beziehungen aufgezeigt werden.

Als Ausgangspunkt für die Behandlung des Problems können die territorialen Bestrebungen des entstehenden litauischen Volkes und von Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens, die den Stimmungen der Nation Ausdruck verliehen, gelten. Schon während der ersten russischen Revolution, im November 1905, übergab eine Gruppe von politisch profilierten Litauern mit J. Basanavičius an der Spitze dem russischen Ministerpräsidenten Graf Witte ein Memorandum, in dem betont wurde, daß das von Litauern bevölkerte Territorium die Gouvernements von Wilna, Kaunas, Grodno, Suwalki und einen Teil von Kurland umfasse.¹ In diesem Memorandum wurden die zentralen territorialen Aspirationen Litauens dargelegt, die mit unbedeutenden Veränderungen auch später, einschließlich der Jahre des Ersten Weltkrieges, Gültigkeit besaßen.

Nach Kriegsende wurden der Friedenskonferenz die territorialen Vorstellungen in einer Revendikationsnote am 24. März 1919 mitgeteilt. Die Ansprüche bezogen sich nicht nur auf die oben genannten Gebiete, sondern auch auf einen Teil Ostpreußens.² Bei den im November 1918 in Wilna stattfindenden Verhandlungen mit Vertretern Polens forderten die litauischen Politiker die Anerkennung dieses Staatsgebietes für Litauen

¹ Vgl. Vilniaus žinios Nr. 267 vom 13. November 1907.

² Vgl. Lietuvos Valstybinis Archivas (Litauisches Staatsarchiv) (LVA), F. 383, Ap. 7, B. 23, L. 199.

mit der Hauptstadt Wilna. Die gleiche Forderung wurde auch in direkten Verhandlungen mit Delegationen der polnischen Regierung im Laufe des Jahres 1919 erhoben (so während des Aufenthaltes der Mission von J. Šaulys in Warschau und der Gesandtschaft von S. Staniszewski und L. Wasilewski in Kaunas). Auch bei den Friedensverhandlungen Litauens mit der Sowjetunion im Jahre 1920 hielt man an den schon bekannten territorialen Wünschen fest.³ Das von den litauischen Politikern erstrebte Gebiet umfaßte rund 123 000 km² mit ca. 6 Mio. Einwohnern.

Bis zum Jahre 1920 vertrat die litauische Politik das Ziel eines großen litauischen Nationalstaates. Dieses Streben war mit der Hauptstadtfrage untrennbar verbunden. Aus den Dokumenten geht hervor, daß eine Selbständigkeit Litauens ohne Wilna als völlig unmöglich angesehen wurde. Sämtliche Ansprüche wurden mit dem historischen Recht Litauens auf die erwähnten Gebiete begründet. Allerdings sollte man dabei nicht übersehen, daß hinter den offiziell betonten historischen Rechten handfeste Interessen des litauischen Staates steckten: Ein größeres Staatsgebiet versprach politische und ökonomische Vorteile; es offerierte zuverlässigere Möglichkeiten einer selbständigen Verwaltung mit einer deutlich geminderten Einflußnahme anderer Mächte, vor allem Polens.

Die Bestrebung der litauischen Führer, einen selbständigen, mit Polen gleichberechtigten Staat aufzubauen, die sich schon während des Ersten Weltkrieges zu zeigen begonnen hatte, trat besonders klar in der Tätigkeit der litauischen Delegation in Paris im Jahre 1919 (Note an Clemenceau vom 16. Februar 1919, Revendikationsnote vom 24. März 1919 u.a.) bzw. in den Verhandlungen der litauischen Regierung mit Vertretern Polens hervor. Litauen legte seine Ansprüche, die eigene staatliche Souveränität in den beanspruchten Gebieten mit der Hauptstadt Wilna anzuerkennen, offen und sprach sich entschieden gegen irgendeine föderative Bindung, insbesondere eine Unionsbeziehung mit Polen aus. Als polnische Truppen am 22. April 1919 Wilna besetzten, hieß es von litauischer Seite, falls Wilna nicht an Litauen zurückgegeben werde, könne nicht nur keine Rede von einem Militärbündnis, sondern auch nicht von einem Zusammenleben an sich sein. Die nationale litauische Politik stieß somit von Anfang an mit den Zukunftsplanungen Polens zusammen.

Der extreme rechte Flügel der polnischen Politik, die Endecija (ND; Narodowa Demokracija, d.i. Nationaldemokratie), sprach sich offen für die Inkorporation Litauens in den polnischen Staat aus. Die Position der Endecija wurde im Ausland durch das polnische Nationalkomitee in Paris

³ Vgl. ebenda, B. 77, L. 147-151.

vertreten, das von R. Dmowski geleitet wurde. Als äußerste Konzession sah Dmowski die Möglichkeit einer Autonomie für Litauen an, wären doch die Litauer für ein selbständiges staatliches Leben zu schwach und nicht reif genug.⁴

Inzwischen gewann in Westeuropa das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker immer mehr an Popularität, was auch von den Führern der siegreichen Großmächte nicht bestritten wurde. Ein Teil der polnischen Politiker, der dieser Entwicklung flexibler gegenüberstand, vertrat die Anerkennung der Selbständigkeit Litauens in Form einer Föderation mit Polen. Die Programme der Föderalisten waren von sehr unterschiedlicher Gestalt. Es lassen sich u.a. die Konzepte von I. Paderewski, W. Wielhorski, L. Wasilewski nennen. Alle wurden von einem Hauptgedanken geleitet: In Form einer Föderation sollte Litauen eine gewisse Selbstverwaltung zugestanden werden, um auf diese Weise Polen einen bequemen und sicheren Zugang zur Ostsee sowie die Benutzung des litauischen Territoriums für strategische, ökonomische und andere Interessen zu sichern.⁵ Auch J. Piłsudski zählte zu den Anhängern der Föderation.

Die Gegensätze unter den polnischen Politikern und den jeweiligen Gruppierungen führten zu einer Politik, die zwischen den beiden Positionen lag. Unter dem Einfluß äußerer Faktoren begann die Endecija, dem Gedanken beizupflichten, daß es unmöglich sei, ganz Litauen zu inkorporieren. Jetzt bezogen sich die Pläne nur noch auf einen Teil Litauens — Wilna und das umliegende Gebiet.

Der Gedanke einer Abtrennung dieser Region von Litauen und einer Angliederung an Polen faßte Fuß unter den Anhängern des „Föderalisten“ Piłsudski. Ein enger Mitarbeiter, L. Wasilewski, schrieb in einem Bericht an Piłsudski vom 3. April 1919: „Es wird erst dann möglich sein, ernsthaft mit den Litauern zu sprechen, wenn wir Wilna fest in unseren Händen haben.“⁶ Konkret äußerte sich diese Politik durch die Besetzung Wilnas im April 1919 und die Entsendung einer halboffiziellen Delegation nach Kaunas. Sie übergab der litauischen Regierung den Vorschlag Piłsudskis,

⁴ Rede von R. Dmowski in der Sitzung des polnischen Nationalkomitees vom 27. Dezember 1918. Archiwum Akt Nowych w Warszawie (Archiv der neuen Akten in Warschau) (AAN), Komitet Narodowy Polski w Paryżu (KNP), T. 4.

⁵ J. Lewandowski, *Federalizm. Litwa i Białorus w polityce obozu belwederskiego* (Föderalismus. Litauen und Weißrußland in der Politik des Belwederschen Lagers). Warszawa 1962.

⁶ Rapport von L. Wasilewski aus Paris vom 3. April 1919. Centralne Archiwum Wojskowe (Zentrales Kriegsarchiv) (CAW), Wojenne Biuro Historyczne, T. 589.

das Großfürstentum Litauen wiederherzustellen und eine Union mit Polen zu schließen.⁷ Die gleichen Vorschläge wurden der Gesandtschaft von J. Šaulys in Warschau im April 1919 unterbreitet. Hieraus ergibt sich, daß die Besetzung Wilnas unter anderem Litauen verhandlungsbereiter machen und es zwingen sollte, auf die Ziele der polnischen Politik einzugehen.

Die Einnahme Wilnas stellte eine deutliche Warnung an Litauen dar, daß seine eigenen Bestrebungen gefährdet waren. Doch noch glaubte man, es handle sich um eine notwendige Maßnahme im Kampf Polens gegen die Bolševiki in Litauen und Weißrußland.⁸ Litauens Führung hoffte, die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit von Wilna mit Hilfe der westlichen Staaten im litauischen Sinne lösen zu können. Verstärkt wurde diese Erwartung durch die internationale Situation, durch die sichtbare Uneinigkeit der britischen und französischen Politik und insbesondere durch ein Interesse Großbritanniens an Litauen. Zu noch größerer Zuversicht verführte die Lage im Sommer 1920: Anlässlich des Friedensvertrages mit der Sowjetunion (12. Juli 1920) wurde Wilna der litauischen Regierung übergeben.

Der entscheidende Schlag erfolgte dann im Herbst 1920. Nach Abschluß eines Waffenstillstandsvertrages zwischen Litauen und Polen (7. Oktober) besetzte der polnische General Lucian Żeligowski auf Anordnung Piłsudskis vom 9. Oktober den östlichen Teil Litauens mit der Stadt Wilna, wobei er vorgab, sich mit dieser Aktion gegen die polnische Heeresleitung zu empören.

Aufgrund der allgemeinen Lage konnte Wilna nicht sofort offen in das polnische Staatsgebiet integriert werden. Man benötigte einen Vorwand, um das eigentliche Ziel zu verbergen. Daher wurde ein angeblich selbständiger Staat, Mittellitauen (Litwa Środkowa) genannt, gegründet. Die oberste Gewalt ging von General Żeligowski aus, die Exekutive von einem provisorischen Regierungsausschuß. Zum Regierungsprogramm gehörte, einen Sejm zu wählen, der die staatliche Zugehörigkeit des Gebietes entscheiden, d.h. es in den polnischen Staat eingliedern sollte.

Okkupation aber bleibt Okkupation. Die Konvention von Den Haag aus dem Jahre 1907 stipuliert, daß jeder Staat für Handlungen seiner Armee, unabhängig davon, in welcher Form sie auftritt, verantwortlich ist. Die Disziplin der Streitkräfte muß gewährleistet sein, andernfalls trägt

⁷ Vgl. P. Łossowski, *Stosunki polsko-litewskie w latach 1918–1920* (Die polnisch-litauischen Beziehungen in den Jahren 1918–1920). Warszawa 1964, S. 78.

⁸ Vgl. *Lietuvos aidas* vom 10. Oktober 1933; *Vairas* Nr. 8 vom 23. Februar 1939, S. 143.

das Staatswesen die Verantwortung für die Verletzung internationaler Verpflichtungen, die infolge seiner Nachlässigkeit entstanden sind. Die Besetzung Wilnas am 9. Oktober 1920 konstituierte daher für Polen kein Recht, Besitz von der Stadt zu ergreifen.

Die Handlung von Želigowski prägte die Spezifik der litauisch-polnischen Beziehungen. In Litauen entstand die Einstellung, sich mit Polen nicht zu versöhnen, bis Wilna zurückgegeben worden sei; das bedeutete auch, keine politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen mit Warschau zu unterhalten. Fast 18 Jahre lang sollte der Kampf Litauens um Wilna in dieser Form geführt werden.

Inzwischen unternahm Polen weitere einseitige Schritte, um der Inkorporation von Wilna Gesetzeskraft zu verleihen: Am 8. Januar 1922 wurden Wahlen zum „mittellitauischen“ Landtag durchgeführt, der am 20. Februar den Beschluß zum Anschluß an Polen faßte. Dieser Beschluß wurde am 24. März vom polnischen Sejm bestätigt. Die neutrale Zone, die noch durch den Waffenstillstand vom 29. November 1920 festgelegt worden war, wurde nun durch eine neue Demarkationslinie (3. Februar 1923) aufgeteilt. Am 15. März 1923 erkannte die alliierte Botschafterkonferenz in Paris die Demarkationslinie als Grenze zwischen Polen und Litauen an.⁹

Parallel zu den eben geschilderten Vorgängen verstärkte sich die Überzeugung der litauischen Politiker, daß Litauen Wilna endgültig verloren habe. Diese Meinung trug dazu bei, daß sie ihre Blicke immer häufiger auf das Memelgebiet richteten und Pläne zu seiner Vereinigung mit Litauen schmiedeten. Innenpolitisch orientierte man sich nunmehr am Aufbau und der Festigung des Nationalstaates und paßte sich einem Leben ohne die Hauptstadt Wilna an. Seit Herbst 1920 tauchte die Idee eines Großlitauen in den Parteiprogrammen nur noch vereinzelt auf. Ab 1921 errang die Haltung, sich mit den Gegebenheiten abzufinden und einzurichten, ein eindeutiges Übergewicht. Das zeigen auch die Verhandlungen mit Polen in Brüssel und Genf im gleichen Jahr. Die Ablehnung der Vorschläge von P. Hymans, eine Föderation mit Polen zu schließen und so Wilna zurückzuerhalten, bedeutete vor allem die Aufgabe der alten Hoffnung, einen großen, multinationalen Staat Litauen aufzubauen. Darüber hinaus zeigte der Verzicht auf den Föderationsplan das Bestreben, den litauischen Staat vor dem politischen, ökonomischen und kulturellen Einfluß Polens und dessen Folgen zu schützen. Aus eben diesem Grund erteilten die

⁹ Ausführlich dazu R. Žepkaitė, *Lietuva tarptautinės politikos labirintuose* (Litauen im Labyrinth der internationalen Politik). Vilnius 1973.

litauischen Politiker der letzten Möglichkeit, die Wilnafrage zugunsten Litauens mit Hilfe internationaler Vermittlung zu lösen, eine Absage.

Die Analyse der populärsten Quelle jener Zeit — der Presse — verdeutlicht, daß die handelnden Personen keineswegs naiv waren, sondern klar erkannten, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Polen und des internationalen Vermittlungsversuches keine Aussicht mehr bestand, die Wilnafrage durch Beschlüsse des Völkerbundes oder der alliierten Botschafterkonferenz ohne gravierende Veränderungen der internationalen Lage zu lösen.

Dennoch gehörte die Frage der Wiedereingliederung Wilnas zu den Zielen der litauischen Außenpolitik, wurde weiterhin im Völkerbund erhoben und mit Vertretern der Großmächte besprochen. Man erhob Einspruch gegen das einseitige Vorgehen Polens bei der Legitimierung der Eingliederung des Gebietes in das polnische Staatsgebiet. Am 14. Dezember 1921 richtete die litauische Regierung eine Note an den Völkerbund, in der sie gegen die bevorstehenden Wahlen zum Wilnaer Sejm Protest einlegte. Am 1. April 1922 protestierte man gegen den Beschluß des polnischen Sejm, Wilna als zu Polen gehörig zu betrachten. Litauen erklärte sich mit der neuen, vom Völkerbund am 3. Februar 1923 festgelegten Demarkationslinie nicht einverstanden. Der Beschluß der alliierten Botschafterkonferenz vom 15. März 1923, der Wilna Polen zusprach, wurde von Litauen nie anerkannt. Am 16. April 1923 wurde an den Völkerbundrat eine Note gerichtet, in der es hieß, daß der Beschluß der Botschafterkonferenz ohne Zustimmung Litauens und ohne die Teilnahme eines Vertreters der litauischen Regierung zustande gekommen sei. Zugleich wurde betont, daß die litauische Regierung niemals mit der festgelegten litauisch-polnischen Grenze und der Abtretung des Wilnagebietes einverstanden sein werde. Die am 15. März 1923 festgelegte Trennungslinie wurde in Litauen nie als Grenze bezeichnet. Die von Litauen geführte Politik vermied somit jegliche Legitimierung des polnischen Vorgehens, um die Einseitigkeit der Aktionen deutlich zu machen.

Daraus ergibt sich die Frage nach den Ursachen dieser widersprüchlichen litauischen Politik. Eine kurze Antwort hat einerseits die staatlichen Interessen Litauens, andererseits die Einstellung der litauischen Bevölkerung hervorzuheben. Ohne ausführliche Erläuterung kann festgehalten werden, daß die Unabhängigkeit und Selbständigkeit den Einwohnern Litauens am Herzen lag. Hiermit verbunden beschäftigte der Verlust von Wilna die Litauer, und viele empfanden ihn als sehr schmerzhaft.

Die Regierung sowie die an der Macht befindlichen oder in Opposition stehenden Parteien nutzten die Einstellung des litauischen Volkes gegenüber der Wilnafrage in vielfältiger Weise aus. Alle Gruppierungen hielten

es für wichtig, der Bevölkerung aufzuzeigen, wieviel Aufmerksamkeit man der Wiedereingliederung von Wilna widme und welchen zentralen Platz die Frage in der eigenen Tätigkeit einnehme. Jede Seite wollte dabei die andere übertreffen. Darauf sind beispielsweise die von der Regierung veranstalteten Feierlichkeiten zum 600jährigen Jubiläum von Wilna (1922/23) und die in jedem Jahr begangenen Trauertage zum Andenken an die Eroberung der Stadt (9. Oktober) zurückzuführen. Mit Unterstützung von Regierungsorganen wurden 1925 die Gesellschaft für die Befreiung Wilnas und 1932 die Eiserne Stiftung von Wilna gegründet. Zur Propagierung der Wilnafrage wurden noch andere Mittel, die hier nicht in extenso aufgeführt werden sollen, verwendet.

Von oppositioneller Seite wurde die Wilnafrage zur Kritik an der Regierung und der sie tragenden Parteien weitgehend instrumentalisiert, indem man auf angebliche Fehler verwies und keine Erfolge zu erkennen glaubte. So war etwa das Jahr 1921 durch scharfe Angriffe der oppositionellen Parteien auf die Regierung wegen der Verhandlungen in Brüssel und Genf geprägt. Ebenfalls 1921 schlug die Opposition Alarm, als es zu Gesprächen der christlich-demokratischen Regierung mit polnischen Vertretern in Kopenhagen und Lugano kam. Besonders hart wurde der Kampf verständlicherweise vor Wahlen geführt, als man mittels einer Zuspitzung der Wilnafrage danach trachtete, besondere Popularität bei den Wählern zu gewinnen und somit möglichst großes politisches Kapital herauszuschlagen. Selbstverständlich griff die Regierung ihrerseits die Opposition an und warf den politischen Kontrahenten ebenfalls völliges Versagen vor.

Der Staatsstreich der Nationalisten vom 17. Dezember 1926 brachte, auch was die Wilnaproblematik angeht, neue Elemente in die Innenpolitik. Die neue Regierung nutzte die Stimmungslage der Öffentlichkeit in bezug auf Wilna nicht nur besonders aus, sondern stachelte sie noch an. Um die Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen, betonte das Regime schon in den ersten Tagen nach dem Putsch, daß „(...) die Beziehungen zu Polen die gleichen wie zuvor bleiben“ und ein „Verzicht auf Wilna Landesverrat wäre“.¹⁰ In der Regierungserklärung vom 25. Februar wurde nachdrücklich erklärt, daß „Litauen unabhängig mit seiner Hauptstadt in Wilna sein soll“ und „Litauen ohne Wilna keinen einheitlichen und vollständigen Organismus darstellt“.¹¹ Im Unterschied zur Verfassung von 1922 wurde

¹⁰ Lietuva vom 21. Dezember 1926.

¹¹ Lietuva vom 26. Februar 1927.

in die neue Verfassung im Jahre 1928 ein Artikel aufgenommen, der Wilna als die Hauptstadt Litauens bezeichnete.¹² Während ihrer gesamten Regierungszeit betonten die Nationalisten, Beziehungen zu Polen könnten nur im Falle einer Rückgabe Wilnas aufgenommen werden und Verhandlungen mit Polen seien nur über das Thema Wilna möglich.

Die nationale Presse bemühte sich, die Wilnafrage zur Erhöhung der Autorität der Regierung und ihrer Führer zu benutzen. „Keine andere litauische Regierung hat die Wünsche des litauischen Volkes hinsichtlich Wilnas so gut verstanden und für sie so gekämpft wie die gegenwärtige nationale Regierung“, schrieb das offiziöse Presseorgan „Lietuvos aidas“. „Von ihren sechzehn Kampfjahren steht sie schon zehn Jahre lang auf der Wache zur Befreiung Wilnas, und ihre Wachsamkeit wird sich nicht mindern, bis die Wilnafrage auf ehrenhafte Weise gelöst wird.“¹³

Das Wilna-Problem wurde weitestgehend als Propagandamittel für die Einheit der Nation verwendet. In der Presse wurde der Gedanke hervorgehoben, daß Zersplitterung, gegenseitige Streitigkeiten und Auseinandersetzungen sowie Angriffe gegen die Regierung der Befreiung von Wilna größten Schaden zufügen würden. „Man müßte im Volk den Satz verkünden und verbreiten, daß jeder, der die Einheit des Volkes stört, auch die Befreiungsarbeit für Wilna stört und dem Okkupanten hilft“, schrieb das Organ des litauischen Schützenbundes „Trimitas“.¹⁴ Über das Wilna-Problem versuchte man, die Opposition zu unterdrücken und eine gegen die Regierung gerichtete Tätigkeit zu verhindern.

Sowohl die Regierung als auch die politischen Gruppierungen übten einen nicht geringen Einfluß auf die Haltung der litauischen Nation in bezug auf die Beziehungen zu Polen aus, weil ja vorgeblich jede Vereinbarung mit Polen das weitere Schicksal von Wilna beeinflusste. Ausschließlich unter diesem Aspekt betrachtete ein Teil der Bevölkerung die litauisch-polnischen Beziehungen.

Die aktive Beteiligung der Parteien und der Intellektuellen am Kampf um Wilna formte die Einstellung des litauischen Volkes und machte sie von Jahr zu Jahr stärker. Dabei herrschte die Ansicht vor, daß Vereinbarungen Litauens mit Polen eben nicht nur die litauischen Rechte auf Wilna, sondern die Unabhängigkeit und Souveränität Litauens überhaupt bedrohten. Bei Aufnahme normaler Beziehungen würde Polen seinen politischen, ökonomischen und kulturellen Einfluß verstärken und Li-

¹² Vyriausybės žinios Nr. 275 vom 25. Mai 1928.

¹³ Lietuvos aidas vom 21. Januar 1937.

¹⁴ Trimitas Nr. 41 vom 8. Oktober 1931.

tauen in eine halbe Kolonie verwandeln. Eine Regelung der litauisch-polnischen Beziehungen würde nach übereinstimmender Überzeugung von Politikern und Bevölkerung dazu führen, daß Litauen zu einem militärischen Anhängsel gemacht und den strategischen Interessen Polens untergeordnet würde. Das alles wäre für Litauen von Grund auf unannehmbar. Jedoch konnte die Regierung auch die Stimmungen im Innern des Landes nicht unberücksichtigt lassen; diese bestimmten die eine oder andere Wende der Politik gegenüber Polen.

Jede Regierung befolgte allerdings im Hinblick auf die litauisch-polnischen Beziehungen folgenden quasi offiziellen Standpunkt: Normale Beziehungen zu Polen würden erst dann möglich sein, wenn der Litauen zugefügte Schaden wiedergutmacht und Wilna zurückgegeben worden sei. Politische, ökonomische und kulturelle Kontakte seien zuvor nicht möglich. Derartige Grundsätze verkündete jede Regierung bei Amtsantritt.

Das eben formulierte Prinzip der litauischen Politik wendeten die Regierenden jedoch auch in anderen innenpolitischen Bereichen an. Somit wurde die Wilnafrage zu einem herausragenden Schutzwall vor polnischen Einflüssen und dessen Einmischung in innere Angelegenheiten Litauens. Das gilt beispielsweise für die innenpolitisch äußerst wichtige Bodenreform. Als sie begonnen wurde, gehörten 53% des Großgrundbesitzes laut offiziellen statistischen Angaben Grundherren polnischer Nationalität.¹⁵ Der Angriff über die Agrarreform auf die wirtschaftliche Stellung der polnischen Grundbesitzer war von großer Bedeutung; verringerte er doch nicht nur das ökonomische, sondern auch das politische Gewicht der polnischen Minorität. Zugleich entzog das Fehlen jeglicher offizieller Beziehungen zwischen Kaunas und Warschau Polen die Möglichkeit, die Betroffenen zu unterstützen.

Auch für den Aufbau des litauischen Nationalstaates besaß die Abgrenzung zu Polen zentrale Bedeutung. Innerhalb dieses Konsolidierungsprozesses ist in unserem Zusammenhang besonders die litauische Politik gegenüber der nationalen polnischen Minderheit von Interesse. Laut offiziellen Volkszählungsangaben aus dem Jahre 1923 waren 3,02% der Gesamtbevölkerung Einwohner polnischer Nationalität.¹⁶ Dagegen zählte das polnische Außenministerium aufgrund der Wählerlisten zum litau-

¹⁵ Vgl. Lietuvos žemės ukis ir žemės reforma (Die litauische Landwirtschaft und die Bodenreform). Kaunas 1922, S. 42f.

¹⁶ Vgl. Lietuvos statistikos metraštis 1924–1926 m. (Statistisches Jahrbuch Litauens 1924–1926). Kaunas 1927, S. 22.

schen Seimas 202 026 in Litauen lebende Polen, also fast 10% (9,99%) der Bevölkerung.¹⁷

Das polnische Archivmaterial zeigt, daß die polnische Regierung trotz des Fehlens staatlicher Kontakte über Möglichkeiten verfügte, die gesamte Aufklärungs- und Kulturarbeit unter den Polen in Litauen zu finanzieren und zu unterstützen. Dafür wurden beispielsweise in der ersten Hälfte des Jahres 1927 107 000\$ ausgegeben,¹⁸ in der zweiten Jahreshälfte 1927 und im ersten Quartal 1928 110 065\$.¹⁹

Die litauische Seite ging ihrerseits von der Theorie aus, es handle sich bei den in Litauen lebenden Polen um polonisierte Litauer, und widmete ihrer „Relituanisierung“ besondere Aufmerksamkeit. Aus diesem Grunde wurden in erster Linie die polnischen Grundschulen in ihrer Tätigkeit eingeschränkt. Die Verminderung der Zahl der polnischen Schulen spiegelt im übrigen die offizielle litauische Statistik nicht wider. Aufgrund der Materialien des polnischen Außenministeriums wird jedoch sichtbar, daß zwischen 1926 und 1928 von den 74 polnischen Schulen in Litauen praktisch nur 18 einen wirklichen Schulbetrieb aufrechterhalten konnten.²⁰ Nach der Machtübernahme der Nationalisten wurde die Zahl polnischer Schulen weiter eingeschränkt, so daß 1928/29 nur noch zehn Schulen Unterricht erteilten.²¹ Polen konnte das eben geschilderte Vorgehen nicht verhindern. Das Archivmaterial zeigt, daß Warschau gegen die litauischen Maßnahmen durch ein analoges Vorgehen gegen litauische Schulen im Wilnagebiet „protestierte“.²²

Trotz der damit gegebenen Zuspitzung der Wilnafrage und der vielfältigen Instrumentalisierung im Innern standen sowohl die nationale Regierung wie ihre demokratischen Vorläuferinnen in inoffiziellen Kontakten zu Polen. Daraus ergibt sich die Frage, wie sich die Wilnaproblematik in diesen Verhandlungen widerspiegelte. Zur Beantwortung möchten wir die zwischen 1933 und 1936 stattgefundenen Gespräche eingehender behandeln.

Vorausgeschickt sei, daß die Versuche politischer Gruppierungen, die Beziehungen zu Polen am Beginn der 30er Jahre auf eine neue Basis zu stellen, durch zunehmende Spannungen mit Deutschland hervorgerufen wurden. Litauische Historiker haben in ihren Arbeiten oft auf die Verschlechterung der Beziehungen hingewiesen. Ihre Forschungen zeigen

¹⁷ Vgl. AAN, Ministerstwo Spraw Zagranicznych (MSZ), T. 6144, L. 54-57.

¹⁸ Vgl. ebenda, T. 6145, L. 26.

¹⁹ Vgl. ebenda, L. 28.

²⁰ Vgl. ebenda, T. 6144, L. 66.

²¹ Vgl. ebenda, T. 6141, L. 7.

²² Vgl. ebenda, T. 6144, L. 97.

den Versuch der litauischen Regierung, die Souveränität Litauens im Memelgebiet auszubauen und eine weitergehende Integration des Gebietes in den litauischen Staat zu erreichen. Auch die ökonomischen Gegenmaßnahmen Deutschlands werden in der litauischen Historiographie ausführlich behandelt.²³

Das polnische Außenministerium sah im Jahre 1934 zwei Optionen der litauischen Politik: Entweder müsse Kaunas vor Deutschland kapitulieren oder sich mit Warschau versöhnen, um Polens Unterstützung gegen Deutschland zu erlangen.²⁴

In der litauischen Öffentlichkeit und Politik zeichnete sich eine Aufsplitterung in verschiedene Gruppen ab. Die im Archiv des litauischen Außenministeriums aufbewahrten Berichte des inoffiziellen Vertreters Polens in Kaunas, T. Katelbach (1933–1936), und andere Dokumente erlauben die Einteilung in zwei deutliche Lager. An der Spitze der einen Seite stand S. Lozoraitis (zunächst Direktor der politischen Abteilung des Außenministeriums, später Außenminister). Er trat für eine harte Haltung gegen Deutschland ein, befürwortete die weitere Integration des Memelgebietes und meinte, daß man für diese politischen Ziele Unterstützung bei Polen suchen müsse. Eine gegenüber Deutschland kompromißbereite Politik vertraten vor allem D. Zaunius, S. Šilingas und ihre Anhänger.²⁵ Eine derartige Ausrichtung der litauischen Politik fand auch die Billigung der nationalen Anhänger von Voldemaras.

Sowohl innen- als auch außenpolitisch von besonderer Bedeutung war eine Besserung der wirtschaftlichen Lage im Memelgebiet. Von ihr waren die Festigung der litauischen Position, der angestrebte Integrationsprozeß und andere Aspekte abhängig. Daneben ergaben sich große Schwierigkeiten für den litauischen Export, als Deutschland sich zu wirtschaftlichen Repressionsmaßnahmen entschloß. Eng damit verbunden war auch das Problem des allgemeinen Transits in mitteleuropäische Länder.

²³ Vgl. dazu K. Navickas, *TSRS vaidmuo, ginant Lietuvą nuo imperialistinės agresijos 1920–1940 metais* (Die Rolle der UdSSR bei der Verteidigung Litauens gegen die imperialistische Aggression in den Jahren 1920–1940). Vilnius 1966; A. Gaigalaitė, *Hitlerininkų pastangos 1933–1945 atplėšti nuo Lietuvos Klaipėdos Kraštą* (Die Versuche von Anhängern Hitlers in den Jahren 1933–1935, das Memelgebiet von Litauen abzutrennen). Vilnius 1962 (*Lietuvos TSR MA darbai* <Arbeiten der Wissenschaftsakademie der LSSR>. Serija A. 2.); P. Žostautaitė, *Klaipėdos Krašto ekonomika ir kultura 1923–1939 m.* (Wirtschaft und Kultur des Memelgebietes 1923–1939). Bd. 1: *Pramonė* (Industrie); Bd. 2: *Žemės ukis* (Landwirtschaft). Vilnius 1972/73 (*Lietuvos TSR MA darbai* <Arbeiten der Wissenschaftsakademie der LSSR>. Serija A. 4., Serija A. 1.).

²⁴ Vgl. Bericht der polnischen Vertretung in Riga an den Chef der Abteilung für den Osten im Außenministerium vom 2. März 1934. AAN, MSZ, T. 6117, L. 46–47.

²⁵ Vgl. ebenda.

Eben diese Fragenkomplexe wurden, wie die Berichte Katelbachs belegen, von litauischer Seite an Warschau zur Stellungnahme weitergeleitet. Insbesondere im Jahre 1935 sah sich die litauische Regierung mit der wirtschaftlichen Krise konfrontiert, da eine sehr unruhige Stimmung unter der bäuerlichen Bevölkerung herrschte. Daneben standen Wahlen für den Memelländischen Landtag bevor. Daher setzten im Sommer und Herbst 1935 die Anhänger einer propolnischen Politik große Hoffnung auf Warschau und erwarteten von dort konkrete Hinweise.²⁶ „Jeder beliebige Vorschlag muß die wirtschaftliche Seite der Frage betreffen: Eine Beseitigung des Warenüberflusses in Litauen muß gewährleistet werden (...)“, hieß es in einem dringenden Bericht der polnischen Vertretung in Riga an das Außenministerium vom 29. August 1935.²⁷

Einen besonderen Platz in den „Aussöhnungsgesprächen“ nahm natürlich die Wilnafrage ein. Die von den Anhängern einer propolnischen Orientierung eingenommene Haltung veränderte sich abhängig von der allgemeinen Situation Litauens. Zu Beginn der Annäherungsversuche, im Jahre 1933, sprachen sie sich dafür aus, daß Polen die Existenz von Streitfragen zwischen beiden Ländern anerkennen solle.²⁸ In der für Litauen äußerst schwierigen Lage in den Jahren 1934/35 und zu Beginn des Jahres 1936 mäßigte sich ihre Zielsetzung. Jetzt galt es vor allem, die von polnischen Organen aufgenommene Verfolgung des litauischen Kulturlebens im Wilnagebiet zu stoppen.²⁹ Manche Politiker vertraten die Ansicht, daß nach einer allgemeinen Regelung der gegenseitigen Beziehungen Warschau immerhin erklären sollte, daß man über die Wilnafrage auf Regierungsebene Gespräche führen könne. Vor Beginn der Verhandlungen sollte sich Polen mit einer einseitigen Deklaration Litauens einverstanden erklären, daß die litauische Position zum Wilnaproblem unverändert sei.³⁰ Im Falle eines polnischen Eingehens auf die Offerte erhoffte man sich insbesondere vom litauischen Offizierskorps Unterstützung für die eigene Politik.³¹ Ein Wandel der polnischen Politik in Wilna wäre ein wichtiger Faktor für die Stimmungslage der Öffentlichkeit gewesen und hätte die Verhandlungen über den toten Punkt hinwegbringen können.³²

²⁶ Vgl. Bericht von T. Katelbach vom 20. Juli 1935. AAN, MSZ, T. 6079, L. 88-91; dringender Bericht der polnischen Vertretung in Riga vom 29. August 1935. Ebenda, L. 142-143.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Vgl. ebenda, T. 6077, L. 105.

²⁹ Vgl. ebenda, L. 99.

³⁰ Vgl. ebenda, T. 6078, L. 253-254.

³¹ Vgl. ebenda, T. 6079, L. 95.

³² Vgl. ebenda, T. 6080, L. 64.

Damit lassen sich zwei Momente aus den Überlegungen hervorheben: Litauen war zu einer Regelung der Beziehungen bereit, wenn Polen dafür Kompromißbereitschaft in Wilna signalisiert oder zumindest den Konflikt als ungelöst anerkannt hätte. Konkrete Vorschläge von litauischer Seite zielten auf eine allgemeine Verbesserung der politischen Atmosphäre und der Lage der litauischen Minorität im Wilnagebiet ab. Kennzeichnend bleibt des weiteren die große Aufmerksamkeit, die die Regierung bei ihren Überlegungen der öffentlichen Meinung zollte.

Eine Erörterung der Problematik wäre unvollständig, würde nicht wenigstens kurz auf die polnische Position eingegangen. Bis zum Ende der Regierungszeit Piłsudskis erreichten Kaunas nur undeutliche Signale. So wurde Lozoraitis 1934 mitgeteilt, die polnische Regierung habe gegen eine einseitige litauische Erklärung nichts einzuwenden.³³ Eine deutliche Wende fand nach dem Tod Piłsudskis (Mai 1935) statt, als J. Beck die Leitung der polnischen Außenpolitik übernahm. Anfangs forderte man kategorisch, Litauen habe zunächst bedingungslos Beziehungen zu Polen aufzunehmen; erst danach werde man sehen, welche Fragen zwischen den beiden Staaten überhaupt verhandelt werden müßten.³⁴ Vorab wurde Kaunas informiert, daß territoriale Veränderungen ebenso ausgeschlossen seien wie die Anerkennung, daß ein Teil polnischen Gebietes Gegenstand eines bilateralen Streitfalls sein könne.³⁵ Als Zugeständnis gaben die polnischen Politiker zu verstehen, sie würden einen offiziellen Verzicht Litauens auf Wilna nicht für nötig erachten.³⁶ Das litauische Bestreben, noch vor Aufnahme normaler zwischenstaatlicher Beziehungen polnische Unterstützung in der Memelfrage, den Transitproblemen und wirtschaftliche Hilfe zu bekommen, wurde ignoriert.³⁷ Kategorisch abgelehnt wurde auch eine Änderung der Minoritätenpolitik im Wilnagebiet. Polen hoffte, durch eine kompromißlose Haltung gegenüber der litauischen Minderheit Kaunas zur politischen Kapitulation zwingen zu können.³⁸

Eine Rückwirkung auf die propolnische Gruppierung innerhalb der litauischen Politik war unter den gegebenen Umständen unvermeidlich. Zudem steigerte sich die Ablehnung der öffentlichen Meinung gegen

³³ Vgl. ebenda, T. 6078, L. 253.

³⁴ Vgl. ebenda, T. 6080, L. 40-42 u. 62.

³⁵ Vgl. ebenda, T. 6117, L. 65 u. 140.

³⁶ Vgl. das Schreiben des Außenministers an den polnischen Botschafter in Berlin vom 17. März 1936. Ebenda, L. 66; sowie die Instruktion für die polnische Botschaft in London vom 17. Juni 1936. Ebenda, L. 140-141.

³⁷ Vgl. ebenda, T. 109, L. 1-2.

³⁸ Vgl. ebenda, T. 6124, L. 11.

Polen noch mehr. Die Tendenzen, zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen, erhielten neuen Auftrieb. Da die inoffiziellen Gespräche mit Warschau keine positiven Ergebnisse erbracht hatten, wurden sie Ende 1936 abgebrochen. Polnische-seits wurde die gegen die im Wilnagebiet lebenden Litauer geführte Politik fortgesetzt.

Im polnischen Außenministerium kam man bei der Analyse der Kontaktversuche zwischen 1933 und 1936 zu dem Schluß, daß es unmöglich sei, die Probleme mit friedlichen Druckmitteln zu lösen. Eine effektive Wirkung sei daher nur von einem Ultimatum zur sofortigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu erwarten. Im Falle einer Weigerung sei Litauen mit Krieg zu drohen. „Innerhalb von 24 Stunden nach der Übergabe eines solchen Ultimatus würde Litauen in die Knie gehen“, lautete das Resumé der Besprechung.

Weder in den litauischen noch in den polnischen Archiven finden sich Materialien, die über die gegenseitige Einschätzung im Jahre 1937 Aufschluß geben. Erst 1938 wurden wieder geheime Verhandlungen aufgenommen, über die nur die Bevollmächtigten beider Staaten informiert waren. Man vereinbarte, einen Ausschuß zur Festlegung des endgültigen Grenzverlaufs zu schaffen. Dazu kam es jedoch nicht, weil der litauische Präsident Smetona eine Änderung der polnischen Minderheitenpolitik forderte. Am Ende der Kontakte stand das polnische Ultimatum an Litauen vom 17. März 1938.

Oft wird die Meinung vertreten, Litauen habe durch die Annahme des Ultimatus endgültig auf Wilna verzichtet. Betrachten wir zu einer Klärung der Frage das polnische Archivmaterial. Das Ultimatum enthielt weder im direkten noch im indirekten Sinn eine solche Forderung. Die polnischen Akten belegen, daß Warschau glaubte, Litauen könne wegen eines derartigen Passus das Ultimatum ablehnen. Das lag aber nicht im Sinn der polnischen Regierung, obwohl sie sich auf extreme Maßnahmen — Kriegshandlungen gegen Litauen — vorbereitet hatte. Zentrale Forderung war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Diese Deutung vertraten auch andere Staaten, die Litauen zur Annahme des Ultimatus rieten. Das Sekretariat des Völkerbundes hob hervor, daß Warschau weder die Aufhebung des Artikels 5 der Verfassung von 1928, der Wilna als rechtmäßige Hauptstadt bezeichnete, noch eine Anerkennung der Demarkationslinie, die in Polen als Grenze bezeichnet wurde, verlangt habe.³⁹

³⁹ Vgl. LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2080, L. 286.

Die Haltung Deutschlands wurde nicht eingehend erforscht, doch aus einzelnen Akten geht hervor, daß Göring dem polnischen Botschafter zu verstehen gab, Polen könne den Konflikt mit Litauen nach eigenem Ermessen lösen.⁴⁰ Materialien des litauischen Generalstabes belegen, daß man im Falle eines militärischen polnisch-litauischen Konfliktes mit der Besetzung des Memelgebietes durch deutsche Truppen rechnete.⁴¹ Im Gespräch mit dem litauischen Botschafter bezeichnete der deutsche Außenminister von Ribbentrop die polnische Note als „sehr maßvoll“⁴² und riet, die polnischen Forderungen zu akzeptieren. Am 19. März nahm die litauische Regierung das Ultimatum Polens an.

Die Annahme ließ die öffentliche Meinung um das Schicksal Wilnas fürchten. Am 24. März verkündete das Zentrale Komitee der Gesellschaft für die Befreiung Wilnas in dem Aufruf „Söhne und Töchter Litauens“, man solle den Gerüchten über Wilna keinen Glauben schenken. Wilna werde auch weiterhin ein Ziel der Bestrebungen des litauischen Volkes bleiben; die Kräfte für den Kampf um die Stadt müßten vereinigt werden. Im „Lietuvos aidas“ vom 5. April wurde betont, es bestehe nicht die Absicht, diese Einstellung, die den Wünschen des Volkes entspreche, zu ändern.

Die Haltung der öffentlichen Meinung und der Presse entsprach der der litauischen Regierung. Ministerpräsident V. Mironas betonte sowohl im Seimas am 9. April als auch bei der in Šiauliai stattfindenden Tagung des Bundes der Nationalisten am 24. April, daß das litauische Volk auch unter den neuen Bedingungen nicht auf seine Rechte auf Wilna verzichten werde. Auf der vom 20. bis 22. April währenden Lehrertagung, an der auch der Präsident der Republik, der Führer des Schützenbundes P. Saladžius und andere prominente Persönlichkeiten teilnahmen, erklärte der Vorsitzende der Gesellschaft für die Befreiung Wilnas J. Papečkys, in bezug auf Wilna habe sich nichts geändert, Litauen werde die Stadt zurückbekommen. Um der Einstellung des litauischen Volkes Ausdruck zu verleihen, sang man ein Lied mit dem Titel „O Welt, wir werden uns ohne Wilna nicht beruhigen“.⁴³ Am deutlichsten wurde die offizielle Politik in der neuen Verfassung vom 12. Mai 1938, deren Artikel 6 die Forderung nach Wilna als Hauptstadt aus der alten Verfassung übernahm.⁴⁴

⁴⁰ Vgl. das Telegramm des polnischen Botschafters in Berlin an die polnische Regierung vom 16. März 1936. AAN, MSZ, T. 6120, K. 47.

⁴¹ Vgl. LVA, F. 383, Ap. 7, B. 111, L. 1, 207, 49 u. 64; sowie ebenda, B. 2080, L. 203.

⁴² Vgl. ebenda, B. 2080, L. 203.

⁴³ Vgl. Lietuvos aidas vom 21. April 1938.

⁴⁴ Vgl. Vyriausybės žinios Nr. 608 vom 12. Mai 1938.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1939 zeichneten sich wesentliche Veränderungen in der Wilnafrage ab. Nachdem Deutschland und die Sowjetunion Polen besiegt hatten, besetzte die Rote Armee am 19. September den zu Polen gehörenden Teil Weißrußlands sowie Wilna und das umliegende Gebiet. Die Rückgabe Wilnas an Litauen wurde bereits im Geheimen Zusatzprotokoll des Ribbentrop-Molotow-Paktes vom 23. August 1939 besprochen. Dabei handelte es sich zweifelsohne nicht um eine „humane“ Geste, sondern um reine Machtpolitik; beide Seiten verfolgten dabei ureigenste Ziele. Das in den litauischen Archiven vorhandene Material belegt, daß Deutschland, dem gemäß der Abmachung vom 23. August Litauen als „Interessensphäre“ zugeteilt worden war, Kaunas aufforderte, das Wilnagebiet Polen mit Gewalt zu entreißen. Hätte Litauen dem Vorschlag zugestimmt, wäre es ohne Zweifel zu einem Verbündeten Deutschlands im Zweiten Weltkrieg geworden.

Aber die litauische Regierung weigerte sich, Gewalt gegen Polen anzuwenden und die eigene Neutralität zu brechen, die sie am 1. September, dem ersten Tag des Krieges, erklärt hatte. Die nachfolgende Entwicklung veränderte die Lage wiederum vollständig. Als Litauen durch den am 28. September zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossenen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in den Einflußbereich der Sowjetunion geraten war, beschlossen die sowjetischen Führer, ihre Position in Litauen zu festigen. Dazu fand noch einmal die Wilnafrage Verwendung. Die Zugehörigkeit der Stadt zu Litauen wurde ein zweites Mal durch den Vertrag zwischen Litauen und Sowjetrußland vom 10. Oktober bestätigt. Nach Abschluß des Grenzabkommens und der Vereinbarung zur Schaffung von Stützpunkten für die Rote Armee wurde Wilna zusammen mit einem kleinen Teil Ostlitauens Litauen überlassen. Kaunas erhielt ein Territorium von ungefähr 6656 km², das laut statistischen Angaben von Anfang 1939 ca. 457 500 Einwohner zählte.⁴⁵ Außerhalb der nunmehrigen Staatsgrenze verblieben der östliche Teil des Bezirks Švenčionis mit den Kreisen Tverečius, Mielagėnai, Kazitiškis, Kamajai und der südliche Teil mit Marcinkonys, Druskininkai, Varenavas und Rodunė. Vorhandene Archivalien (Pro Memoria des Außenministers J. Urbšys vom 4. Dezember 1939 und des litauischen Gesandten in Moskau L. Natkevičius vom 3. Oktober) zeigen, daß die litauische Delegation während der Verhandlungen mit Moskau über die Rückgabe Wilnas und den gegenseitigen Beistandspakt mit der vorgeschlagenen Grenze nicht einverstanden war und erklärte, daß von Litauern bewohnte Gebiete

⁴⁵ Vgl. Statistikos biuletėnis (Statistisches Bulletin) (1939), Nr. 10, S. 1.

außerhalb dieser Grenze blieben. Der Einspruch der Delegation wurde kategorisch zurückgewiesen. Er fand demgemäß auch beim Abschluß des litauisch-sowjetischen Grenzvertrages am 27. Oktober 1939 keine Berücksichtigung.

Am 28. Oktober rückte die litauische Armee in Wilna ein. Bereits am 16. Oktober hatte der in Kaunas residierende polnische Gesandte F. Charwat in Absprache mit der polnischen Exilregierung in Paris der litauischen Regierung eine Note vom 13. Oktober zukommen lassen, in der die Inbesitznahme Wilnas durch die Sowjetunion als Verletzung internationalen Rechts und der Menschlichkeit bezeichnet wurde.⁴⁶ Am 14. Oktober übergab das litauische Außenministerium dem polnischen Vertreter, der schon im Begriff war abzureisen, seine Antwort. Dort hieß es, Litauen habe bei der Übernahme des Gebietes von der Sowjetunion keinerlei rechtliche Verpflichtungen gegenüber Polen verletzt, niemals sei die Zugehörigkeit zu Polen anerkannt worden, man habe jetzt nur bekommen, was Litauen rechtmäßig gehöre. Die scharfe Ablehnung der polnischen Note spricht für sich. Die litauische Armee bekam Wilna zurück, nachdem an Polen die faktische Herrschaft über die Stadt, nicht aber die rechtliche, die es niemals besessen hatte, verloren worden war.

Damit begann ein komplizierter und schwieriger Integrationsprozeß des Wilnagebietes in den litauischen Staat, der aber nicht mehr Thema unserer Erörterungen sein kann.

Zusammenfassend lassen sich die folgenden Schlußfolgerungen ziehen:

1. Die führenden litauischen Politiker verknüpften die Frage der staatlichen Zugehörigkeit von Wilna mit dem Aufbau eines großen, starken, mit anderen Nationen gleichberechtigten litauischen Staates. Wilna sollte Hauptstadt dieses Staates, sein politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum sein.

2. Während der Entstehungsphase des litauischen und polnischen Staates (1918–1920) waren die polnischen Politiker mit der Errichtung eines großen, dem mittelalterlichen Großfürstentum ähnlichen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna zwar einverstanden und boten auch ihre Unterstützung an, aber nur unter der Bedingung, daß der zukünftige litauische Staat in einem föderativen Verhältnis zu Polen stehen würde. Andernfalls beabsichtigten sie aus politischen und strategischen Gründen, Wilna von Litauen abzutrennen.

3. Der Verlust von Wilna im Herbst 1920 veranlaßte die litauische Politik, auf die konkrete Situation Rücksicht zu nehmen und sich auf Aufbau

⁴⁶ Vgl. LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2240, L. 69.

und Festigung eines kleineren Nationalstaates hin zu orientieren. Die Wilnafrage wurde gegen Polen instrumentalisiert, um Litauen vor polnischen Einflüssen auf politischem und kulturellem Gebiet zu schützen und um von polnischer Einmischung in innere Angelegenheiten sowie wirtschaftlicher Konkurrenz frei zu sein. Zugleich hielt man sich die Möglichkeit offen, unter günstigen politischen Umständen das Problem im Sinne Litauens zu lösen.

4. Die Wilnafrage stellte eine von mehreren Ursachen dar, die eine Regelung der litauisch-polnischen Beziehungen erschwerte. Litauen diente sie als Waffe für die Verteidigung seiner Interessen.

5. Nach der Verschlechterung der internationalen Lage und insbesondere der Beziehungen zu Deutschland (1933–1936) spielte ein Teil der Politiker und der öffentlichen Meinung mit dem Gedanken, die Beziehungen mit Polen auf eine neue Basis zu stellen. In den Verhandlungen wurde die innenpolitisch immer erhobene Forderung nach einer Rückgabe Wilnas, die einer Aussöhnung mit Polen vorausgehen habe, nicht erhoben. Allerdings benötigte die litauische Regierung für die innenpolitische Durchsetzbarkeit ihres Kurses unbedingt bestimmte Zugeständnisse von seiten Polens. Die kompromißlose Haltung Warschaus, die Verbesserung der inneren Situation Litauens und eine Entspannung in den deutsch-litauischen Beziehungen führten zum Ende der litauisch-polnischen Sondierungsgespräche.